

## ZEITSCHRIFTENKONSORTIEN

### Angebotsausweitung auf Kosten der Flexibilität

von ADALBERT KIRCHGÄSSNER

Seit mehr als zehn Jahren gibt es elektronische Zeitschriften. Die Verlage haben in den ersten Jahren diese vielfach kostenlos zur Druckausgabe angeboten. Als die Bibliotheksbenutzer an diesen neuen Service gewöhnt waren, wurden die kostenfreien Zugaben in kostenpflichtige Parallelausgaben umgewandelt. Die damit verbundenen Preissteigerungen konnten niedrig gehalten werden, wenn mehrere Bibliotheken sich zu Konsortien zusammenschlossen und sich verpflichteten, die bestehenden Abonnements nicht oder nur in sehr geringem Umfang zu kündigen. Dies nutzten die Verlage, um die Abonnementspreise überdurchschnittlich anzuheben. Gleichzeitig wurden die Etats der Bibliotheken durch die Unterhaltsträger weitgehend eingefroren. In der Folge beanspruchten die Kosten aus den Zeitschriftenverträgen immer höhere Anteile der Bibliotheksetats. Die Bibliothek der Universität Konstanz hat sich in den letzten Jahren diesen „Sachzwängen“ weitgehend entzogen, indem sie auf die Beteiligung an Konsortialverträgen verzichtete. Die Bereitstellung von zentralen Mitteln des Ministeriums für Zeitschriftenverträge, die Bemühungen der DFG um landesweite Konsortialverträge über große Zeitschriftenpakete und die Veränderung der Nachfrage durch die Wissenschaftler zwingt nunmehr auch die Bibliothek der Universität Konstanz, in größerem Umfang Verträge über Zeitschriftenpakete abzuschließen. Deshalb ist die Struktur der Erwerbung der Bibliothek der Universität Konstanz grundsätzlich zu überprüfen, um sicherzustellen, dass auch künftig die Wissenschaftler vor Ort die Materialien bereitgestellt bekommen, die sie für ihre Arbeit brauchen, unabhängig davon, ob diese in großen Zeitschriftenpaketen oder in kleinen Einzelabonnements beschafft werden.

### AUSGANGSLAGE FÜR DIE BIBLIOTHEK DER UNIVERSITÄT KONSTANZ

Die Bibliothek verfügte 2006 über etwa den gleichen Literaturetat wie im Jahre 1986 und 1996. Die Etatzuwächse der Jahre 1987 bis 1989 und ab 1997 wurden durch Sparmaßnahmen Mitte der neunziger Jahre und in den letzten Jahren wieder zunichte gemacht. In dieser Zeit stiegen die Zeitschriftenpreise mit fünf bis acht Prozent im Jahr. Dies hatte zur Folge, dass sowohl Zeitschriftenabonnements abgebaut als auch weniger Monographien beschafft wurden. Bei den Zeitschriften traf dies in erster Linie die Naturwissenschaften, für die heute nicht einmal halb so viel Zeitschriftenabonnements bezahlt werden wie zu Beginn der neunziger Jahre. Und in den Monographienbeständen stellen unsere Benutzer in den Erscheinungsjahren seit Mitte der neunziger Jahre deutliche Lücken fest.

Tabelle 1: Langfristige Etatentwicklung, Ausgaben und Zugangsmengen

| Jahr | Literaturetat      | Zeitschriften       |       | Fortsetzungen       | Einzelkäufe       | Anteil Einzelkäufe |
|------|--------------------|---------------------|-------|---------------------|-------------------|--------------------|
| 1986 | 2,4 Mio €          | 1,0 Mio €           |       | 0,4 Mio €           | 1,0 Mio €         | 42 %               |
| 1996 | 2,4 Mio €          | 1,3 Mio €           |       | 0,45 Mio €          | 0,6 Mio €         | 25 %               |
| 2006 | 2,6 Mio €          | 1,5 Mio €           |       | 0,5 Mio €           | 0,6 Mio €         | 23 %               |
|      | Gesamtzugang Bände | Zeitschriften Bände | Abos  | Fortsetzungen Bände | Einzelkäufe Bände | Anteil Einzelkäufe |
| 1986 | 49.000             | 9.900               | 6.200 | 6.600               | 32.500            | 66 %               |
| 1996 | 34.000             | 7.900               | 5.700 | 4.700               | 21.400            | 63 %               |
| 2006 | 25.000             | 4.600               | 4.400 | 3.300               | 17.100            | 68 %               |

In Zahlen sieht die Etatentwicklung der Ausgaben und Zugangsmengen wie in Tabelle 1 dargestellt aus. Die Bibliothek hat durch eine sehr restriktive Beschaffungspolitik bei den laufenden Zeitschriften und Fortsetzungen erreicht, dass, trotz schrumpfender Gesamtmittel und überproportional steigender Preise bei den Zeitschriften, der Anteil der einzeln beschaffbaren Bände bei etwa zwei Dritteln des Gesamtzuganges stabil gehalten werden konnte. Allerdings verschob sich – durch die unterschiedliche Preisentwicklung bei Einzelkäufen, vor allem Monographien, einerseits und den Käufen von Zeitschriften andererseits – der Anteil, der für Monographien ausgegeben werden konnte. Der Zugang aus Fortsetzungen und Zeitschriften ist nach wie vor nur ein Drittel des Gesamtzuganges. Mußten dafür 1986 58 % der Literaturmittel aufgewandt werden, so erforderte dieser Anteil 2006 bereits 77 % der Literaturmittel. Der insgesamt erworbene Bestand verringerte sich in diesen zwanzig Jahren von knapp 50.000 Bänden im Jahr auf etwa 25.000 Bände im Jahr. Die Stabilisierung des Einzelkaufes bei zwei Dritteln des Bandzuganges war dringend erforderlich, um die Geistes- und Sozial-wissenschaften mit den notwendigen Büchern zu versorgen.

## MASSNAHMEN ZUR AUSGABENSTEUERUNG

Der Anteil der Einzel- bzw. Monographienkäufe konnte mit folgenden Maßnahmen stabilisiert werden:

- **Globalkontingent:**  
Seit Anfang der achtziger Jahre gibt es in Konstanz das sogenannte Globalkontingent. Dies bedeutet, dass jedes Fach einen Etat hat, aus dem die Monographien und Zeitschriften des Faches zu bezahlen sind. Dies hat verhindert, dass die überproportional steigenden Zeitschriftenpreise der naturwissenschaftlichen Zeitschriften zu Lasten der geisteswissenschaftlichen Monographien finanziert wurden. Über die Berücksichtigung der unterschiedlichen Durchschnittspreisentwicklungen der verschiedenen Fächer in der Mittelverteilung wurde erreicht, dass die Monographien und Zeitschriften annähernd in gleichem Umfang reduziert werden mussten.
- **Bindungsobergrenze und Abbestellzwang**  
Um sicherzustellen, dass jedes Fach seine Literatur aus den ihm zugewiesenen Mitteln bezahlen kann, ist seit Jahren festgelegt, dass die Kosten für Zeitschriften und laufende Fortsetzungen auf 85 Prozent in den Naturwissenschaften und 70 Prozent in den Geisteswissenschaften beschränkt werden. Wenn diese Grenze überschritten ist, müssen die Fachbereiche ihre Zeitschriften und Fortsetzungen so reduzieren, dass die Grenze wieder unterschritten wird.
- **Abbestellfrequenz:**  
Die Obergrenze stellt auch sicher, dass bei normalem Verlauf in einem einzelnen Fach höchstens alle drei Jahre Zeitschriften abbestellt werden müssen.
- **Kompensation:**  
Werden neue Zeitschriftentitel gebraucht und ist die Obergrenze bereits erreicht, können diese nur beschafft werden, wenn andere Zeitschriften abbestellt werden.
- **Mitwirkung der Fachbereiche**  
Die Zeitschriften werden bei Neubestellungen wie bei Abbestellungen von den Fachbereichen ausgewählt. Auch bei der Auswahl der anderen Materialien wirken die Fachbereiche durch allgemeine Vorgaben oder durch Einzelentscheidungen mit. Damit ist sichergestellt, dass mit den knappen Mitteln möglichst genau das beschafft wird, was am dringendsten benötigt wird.

## VERÄNDERUNGEN IM MARKT FÜR WISSENSCHAFTLICHE INFORMATION

Die beschriebenen Steuerungsmechanismen stellten sicher, dass trotz stagnierendem Literaturniveau und stark steigenden Kosten für die laufenden Zeitschriften die Versorgung der unterschiedlichen Bereiche der Universität mit wissenschaftlicher Information im Gleichgewicht gehalten werden konnte. Dies gelang auch, obwohl in den letzten Jahren die großen Verlage mit verschiedenen Preisgestaltungsmaßnahmen die Preise vor allem der naturwissenschaftlichen Zeitschriften massiv in die Höhe getrieben haben:

- In den neunziger Jahren wurden die Preise bis zu 15 Prozent je Jahr angehoben. Dies wurde mit den hohen Investitionen in die elektronischen Parallelausgaben begründet. Erstaunlicherweise stiegen in diesen Jahren die Gewinnmargen, und einige Verlage erreichten Umsatzrenditen von über 30 Prozent.
- Die in den ersten Jahren kostenfrei bereitgestellten elektronischen Parallelausgaben wurden nach einer Eingewöhnphase kostenpflichtig. Die Preissteigerungen für die Abonnements der gedruckten Ausgaben verliefen wieder moderat – mit fünf bis sieben Prozent auf einer gegenüber den achtziger Jahren stark erhöhten Basis – aber dafür waren die elektronischen Parallelausgaben zusätzlich zu bezahlen.
- Um die überproportional gestiegenen Preise in den Griff zu bekommen, gründeten die Bibliotheken Einkaufsgemeinschaften, Konsortien genannt. Die Verlage gingen darauf ein, mit Gruppen von Bibliotheken Verträge über die gemeinsame Nutzung elektronischer Zeitschriften abzuschließen. Für die Zusage, keine weiteren Zeitschriften abzubestellen, d.h. alle bei Vertragsabschluss laufenden Zeitschriften auf Dauer weiterzuführen, räumten die Verlage den Bibliotheken den Cross-Access ein, das Recht, alle in der Bibliotheksgruppe gehaltenen Abonnements in allen Bibliotheken elektronisch zu nutzen. Dies brachte in den meisten Bibliotheken eine Angebotsausweitung. Die zusätzlichen Zeitschriften waren aber nicht nach dem jeweiligen Bedarf ausgewählt, sondern es wurden die Titel zusätzlich bereitgestellt, die zufällig in den Partnerbibliotheken bezogen wurden.

Und die Verlage garantierten eine Obergrenze der Preissteigerung. Wenn also die Summe der Preise der einzelnen Abonnements gegenüber der Gesamtsumme des Vorjahres um mehr als den vereinbarten Prozentsatz gestiegen war, wurde der über der garantierten Obergrenze liegende Betrag in irgendeiner Form nicht erhoben oder rückvergütet.

Für die Bibliotheken reduzierte diese Entwicklung erst einmal den Preissteigerungsdruck. Andererseits waren die Bibliotheken in der Titelauswahl nicht mehr frei. Sie konnten Zeitschriften, die in diesen Konsortialverträgen enthalten waren, nicht mehr oder nur noch in sehr engen Grenzen abbestellen. Wenn also Zeitschriften gegen Zeitschriften anderer Verlage ausgetauscht werden sollten, ging das nur noch, wenn diese Zeitschriften nicht in einem Konsortialvertrag eingebunden war. Da andererseits die Preissteigerungen für diese Verträge meist über den Zuwächsen der Literaturniveaus lagen, schrumpfte der Anteil, der für die Literaturversorgung außerhalb dieser Verträge eingesetzt werden konnte. Dies führte meist zur Reduzierung von Monographienkäufen und zur Abbestellung von Zeitschriften der kleineren Verlage.

Die Fortsetzung dieser Entwicklung sind nun die Nationallizenzen für laufende Zeitschriften. Bisher hatte die DFG nur abgeschlossene Sammlungen finanziert. Ab 2008 wird von der DFG erstmals der flächendeckende Zugriff auf neue, laufende elektronische Zeitschriften finanziert. Sie ermöglicht im ersten Schritt eine Angebotsausweitung, die die Bibliotheken selbst nicht hätten finanzieren können. Im Gegenzug müssen sich die Bibliotheken aber dazu verpflichten, ihre Bezugsstruktur zu zementieren, da sie aus diesen Angeboten nicht aussteigen können, ohne jeweils das gesamte Verlagsangebot zu verlieren. Wie die Bibliotheken in den

nächsten Jahren damit zurecht kommen und wie sie unter diesen Voraussetzungen auf Dauer eine breite Informationsversorgung sicherstellen können, muss sich erst noch zeigen.

## KOSTENMODELL

Um die Auswirkungen dieser Entwicklungen auf die Informationsbeschaffung unserer Universität darzustellen, wird im folgenden ein vereinfachtes Modell der Literaturkostenstruktur vorgestellt und errechnet, wie sich die absehbaren Entwicklungen auf diese Struktur auswirken können.

Tabelle 2: Beschaffungsstruktur 2006

| Ausgangsjahr 2006          | Betrag €       | Anzahl     |              | Durchschnittspreis € |
|----------------------------|----------------|------------|--------------|----------------------|
| Monographien               | 700.000        | 19.975     | Bände        | 35                   |
| <b>Datenbanken</b>         | <b>100.000</b> | <b>25</b>  | <b>Titel</b> | <b>4.000</b>         |
| <b>Zeitschriftenpakete</b> | <b>700.000</b> | <b>500</b> | <b>Titel</b> | <b>1.400</b>         |
| Zeitschriften Einzeltitel  | 700.000        | 4.500      | Titel        | 156                  |
|                            | 2.200.000      | 25.000     |              |                      |

In dieser Struktur sind folgende, in Tabelle 3 aufgelisteten Zeitschriftenpakete und eine Datenbank enthalten, die durch Konsortialverträge oder Nationallizenzen für laufende Zeitschriften künftig festgeschrieben sind und nur noch in engen Grenzen modifiziert werden können.

Tabelle3: Struktur der Zeitschriftenbeschaffung

| Verlag           | Betrag €  | Zeitschriften-Titel | Zusätzliche Titel |
|------------------|-----------|---------------------|-------------------|
| ACS              | 40.000    | 14                  | 2                 |
| Elsevier         | 233.000   | 90                  |                   |
| SciFinder        | 40.000    | 1                   |                   |
| Springer         | 83.000    | 60                  | 336               |
| Wiley            | 87.000    | 30                  | 317               |
| Nationallizenzen | 134.000   | 150                 | 725               |
| Lokale Pakete    | 83.000    | 155                 |                   |
| Einzeltitel ZS   | 700.000   | 4.500               |                   |
| Gesamt           | 1.400.000 | 5.000               | 1.370             |

Um die mögliche Entwicklung abschätzen zu können, wird folgende Entwicklung angenommen:

- Die Preise steigen in allen Segmenten gleichmäßig um 5 Prozent je Jahr. Dies ist in zehn Jahren eine Steigerung um 63 %.
- Der Etat wird als konstant angenommen.
- Der Anteil von Monographien und Zeitschriften an der Gesamtbeschaffung soll stabil bleiben.

- Durch die Konsortialabschlüsse und Nationallizenzen kommen neue Zeitschriftentitel hinzu, die die Bibliothek aber nicht ausgesucht hat. Sie dürften deshalb nicht im unmittelbaren Zentrum des Interesses stehen.

Eine Steigerung des Etats um 2 Prozent bei einer Preissteigerung von sieben statt fünf Prozent führt zum annähernd gleichen Ergebnis. Wenn die Differenz zwischen Etatsteigerung und Preissteigerung kleiner ist, verläuft die Entwicklung langsamer, wenn sie größer ist, verläuft sie schneller als in dieser Modellrechnung. Die Struktur der Entwicklung aber bleibt gleich.

Geht man davon aus, dass die Datenbanken und die in den Paketverträgen enthaltenen Zeitschriften unverändert weitergeführt werden, muss die Preissteigerung, die die Etatsteigerung übersteigt, durch Reduzierung der Monographien und der Zeitschrifteneinzeltitel, die nicht in Paketen gebunden sind, aufgefangen werden. Nach zehn Jahren ergibt sich dann die in Tabelle 4 dargestellte Beschaffungs- und Etatstruktur.

Tabelle 4: Beschaffungsstruktur nach 10 Jahren

| Kostenmodell 10. Jahr      | Betrag €         | Anzahl     |              | Durchschnittspreis € |
|----------------------------|------------------|------------|--------------|----------------------|
| Monographien               | 637.000          | 11.150     | Bände        | 57                   |
| <b>Datenbanken</b>         | <b>163.000</b>   | <b>25</b>  | <b>Titel</b> | <b>6.205</b>         |
| <b>Zeitschriftenpakete</b> | <b>1.140.000</b> | <b>500</b> | <b>Titel</b> | <b>2.280</b>         |
| Zeitschriften Einzeltitel  | 260.000          | 1.025      | Titel        | 253                  |
|                            | 2.200.000        | 12.700     |              |                      |

In der Ausgangsperiode hatten die 525 Datenbanken und Zeitschriften, die in den Paketen der Konsortial- und Nationallizenzen festgeschrieben wurden, 800.000 € und damit 36 % des Literaturetats gekostet. Für die weiteren 64 % konnten 24.475 Bücher und Zeitschriften eingekauft werden. Im 10. Jahr werden für die 525 festgeschriebenen Titel bereits 1.303.000 €, also fast 60 % des Literaturetats gebraucht. Um dies bezahlen zu können, müssen die Käufe von Monographien und nicht in Paketen festgeschriebenen Zeitschriften auf 12.175 Titel reduziert werden. Dies ist ein Verlust von 12.300 Titeln, die nicht mehr zielgenau für den Bedarf gekauft werden können. Dafür bekommt die Bibliothek einen sogenannten Mehrwert von 1.370 zusätzlichen Titeln aus den Konsortial- und Nationallizenzen, die aber nicht nach dem Bedarf der Universität Konstanz ausgesucht werden konnten.

Diese Entwicklung hat Folgen:

- Der Verlust von fast der halben Zugangsmenge ist ein herber Verlust an Information und bedeutet eine drastische Einschränkung der Informationsvielfalt.
- Die Abbestellungen der Zeitschriften gehen – unabhängig von der Qualität der Zeitschriften und dem Bedarf der Universität – einseitig zu Lasten der kleineren Verlage, die nicht die Marktmacht haben, Knebelverträge am Markt durchzusetzen. Im Zweifel verdrängen Publikationen zweiter Wahl der Großverlage die besseren Publikationen der kleineren Verlage, die ihren Absatz nicht mittels langfristiger Verträge sichern können.
- Die Bindung der naturwissenschaftlichen Zeitschriften in Konsortial- und Nationallizenzen, deren Anteil am Etat kontinuierlich wächst, verdrängt die Literatur der Sozial- und Geisteswissenschaften, die eher nicht in Paketlizenzen bezogen wird.
- Zeitschriften und Datenbanken verdrängen die Monographien, die auf absehbare Zeit weiterhin ein wesentlicher Bestandteil der Literaturversorgung der Geisteswissenschaften darstellen werden. Es entstehen zwangsläufig Versorgungslücken.

- Der Anteil, der durch längerfristige Verträge gebundenen Mittel am Gesamtetat steigt von 36 auf 64 %. Bei weiterer Entwicklung in dieser Richtung ist absehbar, dass nach weiteren 10 Jahren die langfristigen Verträge den gesamten Etat aufbrauchen. Der Etat ist immer weniger steuerbar und auf Bedarfsveränderungen in der Universität kann immer weniger reagiert werden.

## HANDLUNGSMÖGLICHKEITEN

Was kann die Bibliothek tun, um diesen absehbaren Folgen zu begegnen? Die Bibliothek der Universität Konstanz ist derzeit an 15 Verträgen über Konsortial- oder Nationallizenzen beteiligt. Und die Handlungsmöglichkeiten sind beschränkt:

- Um den Anstieg der Dauerverpflichtungen zu bremsen und auf Veränderungen in der Benutzernachfrage zu reagieren, kann man jedes Jahr ein oder zwei Verträge kündigen und mit oder ohne zeitliche Lücke mit verändertem oder verringertem Titelspektrum neu einsteigen. Die Verlage werden das nach Möglichkeit mit kundenunfreundlicher Gestaltung der Vertragsbedingungen beim Wiedereinstieg behindern, können aber Kündigungen nicht verhindern. Schwieriger wird es bei diesem Verfahren sein, den Benutzern verständlich zu machen, dass die Bezugsunterbrechung erforderlich ist, um die Gesamtversorgung der Universität mit Information sicherzustellen.
- Die Bibliotheken versuchen bereits heute, in die Verträge substantielle Abbestellmöglichkeiten einzubauen, um wenigstens in engen Grenzen flexibel zu bleiben. Dies mildert das Problem, behebt es aber nicht.
- Für die Zeitschriften, die in Konsortial- oder Nationallizenzen enthalten sind, bekommt die Bibliothek Nutzungsstatistiken. An Hand dieser Statistiken können die Zeitschriften ermittelt werden, bei denen die Nutzung so gering ist, dass Einzelartikelbezug aus diesen Zeitschriften auch dann lohnender ist, wenn die Bibliothek dafür zusätzlichen Aufwand erbringen muss. Für diese Zeitschriften werden die Bibliotheken Zugriffsformen organisieren, die es ermöglichen, dass die Benutzer die Titel kostenfrei beziehen können und die Bibliothek diese mit Sammelrechnungen bezahlt. Dann kann in diesem Bereich wieder bedarfsorientiert beschafft werden.
- Eine weitere Möglichkeit ist, künftig Verträge verbrauchsorientiert statt bestandsorientiert zu gestalten. Eine Möglichkeit wäre, mit einem Verlag einen Vertrag über ein Paket von Zeitschriften abzuschließen, und die Bezahlung an der Anzahl der abgerufenen Dokumente zu orientieren. Die Wissenschaftler könnten auf alles, was sie aus diesem Angebot brauchen, zugreifen, aber es würde nur bezahlt, was tatsächlich genutzt wird. Dann ist es nicht mehr erforderlich, zu entscheiden, ob bei drei oder vier Artikel im Jahr eine Lizenzierung der Zeitschrift oder der aufwendigere Einzelartikelbezug den Benutzern anzubieten ist.

## ZIELVORSTELLUNGEN

Wie können Verträge künftig aussehen, damit die Bibliotheken ihre Benutzer bedarfsgerecht versorgen können und die Verlage an der Nutzung statt an historisch gewachsenen Titelgesamtheiten orientiert bezahlt werden können?

- Flexible Verträge  
Konsortialverträge müssen nicht fixe Titel- und Umsatzvereinbarungen festschreiben. Sie können flexibel gestaltet werden. Auch die Verlage hätten einen Vorteil davon, wenn die Verträge flexibler werden. Heute sind die Bibliotheken vorsichtig, wenn sie den Bedarf nicht zutreffend einschätzen können, da sie sich meist für mehrere Jahre binden müssen. Veränderungen in der Zusammensetzung des Paketes und auch die Möglichkeit, substantiell abzubestellen, d.h. den Vertragsumfang deutlich zu

reduzieren, gibt die Möglichkeit, auch Verträge abzuschließen, deren Nutzung nicht sicher zu erwarten ist und diese bei schlechter Nutzung oder bei Erateinbrüchen auch wieder beenden zu können.

- **Rahmenverträge**  
Rahmenverträge, denen die Bibliotheken beitreten, aus denen sie aber auch wieder austreten können, ohne den Gesamtvertrag zu gefährden, geben die Möglichkeit, verlässliche Bedingungen für eine Bibliotheksgruppe auszuhandeln aber trotzdem den Bibliotheken die Möglichkeit zu geben, beizutreten, ihren Anteil aufzustocken oder zu vermindern und bei Notwendigkeit auch wieder auszustiegen, ohne dass die anderen Vertragsteilnehmer in Mitleidenschaft gezogen werden.
- **Artikeldatenbanken statt Zeitschriftentitel**  
Einige Anbieter bieten ihre Zeitschriftentitel nicht mehr als Einzeltitel sondern nur noch als Paket an. Diese Angebote sind dann Artikeldatenbanken, in die die Artikel eingestellt werden und unabhängig davon genutzt werden können, in welcher Zeitschrift sie erschienen sind. Die Zeitschriften dienen weiterhin als Qualifizierungsinstrument für die wissenschaftlichen Beiträge, ohne dass die einzelne Zeitschrift weiterhin als Marketinginstrument gebraucht wird. Die Vergütung könnte nach Nutzung oder als Pauschalpreis in Anlehnung an die Nutzung des oder der Vorjahre gestaltet werden.
- **Artikelbeschaffung als Dienstleistung**  
Die Bibliothek kann den Nutzern Einzelbezug von Artikeln aus beliebigen Datenbanken anbieten, für die sie die Kosten übernimmt. Dies erfordert entsprechende Portale, die den unmittelbaren Zugriff der Nutzer erlauben und die gesammelte Rechnungsstellung an ihre Institution ermöglichen. Diese Portale werden in den nächsten Jahren sicherlich entwickelt. Vorstellbar ist, dass Subito zu einem solchen Portal ausgebaut wird oder die zentralen Fachbibliotheken solche Portale anbieten werden. Eine solche Dienstleistung erfordert einen einfachen Zugang für die Benutzer und eine kostengünstige Abwicklung für die Bibliothek, damit sie flächendeckend etabliert werden kann.

Ziel dieser Bemühungen ist:

- die Benutzer der Bibliotheken bedarfsgerecht mit Literatur und Informationen zu versorgen,
- die Flexibilität zu wahren, auf Bedarfsveränderungen und andere Veränderungen im Umfeld reagieren zu können und
- für die Bibliotheken wie für die Verlage verlässliche Rahmendaten zu schaffen, damit tragfähige und bedarfsgerechte Lösungen gefunden werden können.

Erforderlich dafür ist vor allem, die Verlage davon zu überzeugen, dass weder eine überzogene Festlegung von Inhalten noch ein Festschreiben von Umsätzen auf Dauer für die Verlage von Vorteil ist. Dies sichert zwar kurzfristig die Umsätze, sorgt aber dafür, dass die Nutzer der Bibliotheken Alternativen organisieren werden, um zu verhindern, dass ihre Literaturmittel durch Dienste und Leistungen verbraucht werden, die sie für ihre wissenschaftlich Arbeit zum großen Teil nicht brauchen.

Bibliotheken und Verlage werden noch viel Mühe aufwenden müssen, die derzeitigen Vertragsformen, die nur historische Verhältnisse festschreiben, so umzugestalten, dass die künftige Literatur- und Informationsversorgung optimal gestaltet werden kann.

Dr. Adalbert Kirchgäßner

Universität Konstanz

[adalbert.kirchgaessner@uni-konstanz.de](mailto:adalbert.kirchgaessner@uni-konstanz.de)

[www.uni-konstanz.de](http://www.uni-konstanz.de)